

Kerosinregen über der Region: Mainzer Umweltministerin verteilt Beruhigungspillen

Mit unschöner Regelmäßigkeit sorgen Berichte über Treibstoffablässe von Flugzeugen für Schlagzeilen. Einmal mehr hat das Thema jetzt die Landespolitik beschäftigt. Kein Grund zur Sorge, meint die zuständige Ministerin.

VON ROLF SEYDEWITZ

MAINZ/TRIER Wie groß ist die Gefahr für Menschen und Umwelt durch Kerosinablässe von Flugzeugen? Die Mainzer Landesregierung sieht jedenfalls aktuell keinen Anlass, das rheinland-pfälzische Messstellennetz auszubauen. Zudem zeigten die Messstationen, dass die Belastungen durch Kohlenwasserstoffverbindungen und Benzol „gering und in der Prognose weiter sinkend eingestuft“ seien, sagte die Mainzer Umweltministerin Katrin Eder (Grüne) am Donnerstag im Klimageschuss des Landtags.

Eder antwortete auf eine Anfrage der Freien Wähler, die wissen wollten, inwiefern sich die jüngsten Kerosinablässe von Flugzeugen über rheinland-pfälzischen Gebiet ausgewirkt hätten.

Laut einer im Internet veröffentlichten Auflistung des Luftfahrtbundesamts gab es allein in diesem Jahr über Deutschland schon sieben Fälle von Fuel Dumping, wobei rheinland-pfälzisches Gebiet bislang nur einmal betroffen war. Bei dem Vorfall am 2. März hatte ein im belgischen Lüttich gestarteter Frachtflugzeug über der Region Trier und dem Saarland wegen technischer Probleme mehrere Dutzend Tonnen Treibstoff abgelassen. Die



Immer wieder kommt es vor, dass Flugzeuge Kerosin über der Region ablassen.

SYMBOLFOTO: DPA

Boeing 747 der belgischen Challenge Airlines war auf dem Weg ins chinesische Wuhan, als die Probleme auftraten. Wie der Aufzeichnung in dem Internetportals Flightradar 24 zu entnehmen war, machte der Frachtflieger in der Nähe von Kempten in Bayern kehrt und flog

zurück Richtung Lüttich. Über der Pfalz und dem Hochwald drehte die Boeing dann mehrere Runden, um die insgesamt 80 Tonnen Kerosin abzulassen. Danach flog die Maschine über Trier und Bitburg zurück nach Belgien.

Dass eine Maschine Treibstoff

ablassen muss, um vor einer außerplanmäßigen Landung Gewicht zu verlieren, ist kein Einzelfall. Mit unschöner Regelmäßigkeit haben zivile Flugzeuge und Militärjets in den zurückliegenden Monaten und Jahren auch über der Region Trier Kerosin abgelassen. Nach Angaben

des Luftfahrtbundesamts wurden im vergangenen Jahr insgesamt 25 Kerosinablässe gemeldet, davon acht über rheinland-pfälzischem Gebiet. Die Deutsche Flugsicherung argumentiert, dass wegen der Nähe zu zivilen und militärischen Flugplätzen besonders die Bürger

in der Eifel, der Pfalz und auf dem Hunsrück öfter von den Treibstoffablässen betroffen seien. In vielen Fällen träten die Probleme unmittelbar nach dem Start auf, und dann müsse rasch gehandelt werden, so die Sprecherin der Flugsicherung.

Nach Einschätzung des Umweltbundesamts sind die Kerosinablässe für Menschen und Umwelt unkritisch. „Nach derzeitigem Wissensstand“ gebe es „keine kritischen Umweltauswirkungen von Treibstoffschnellablässen auf Boden, Grundwasser, Luft und menschliche Gesundheit“, lautete das Ergebnis eines vor nicht allzu langer Zeit veröffentlichten Forschungsberichts.

Diese Einschätzung teilt auch das Mainzer Umweltministerium. „Ein Einfluss des Kerosinablasses auf bodennahe Luftschichten konnte nicht festgestellt werden“, fasste Ministerin Katrin Eder am Donnerstag im Ausschuss die Messergebnisse nach dem Zwischenfall Anfang März zusammen. Alle Werte lägen im erwartbaren Bereich, die empfindlichen Messgeräte hätten „keine Auffälligkeiten oder erhöhten Konzentrationen an Kohlenwasserstoffverbindungen“ gezeigt.

Nach Angaben der grünen Umweltministerin werden in Rheinland-Pfalz an neun Standorten die Immissionskonzentrationen von Kohlenwasserstoffen erfasst. Daneben gebe es landesweit 24 Messstellen, die die Benzol-Grenzwerte überprüfen. Kerosin besteht zu 98 Prozent aus Kohlenwasserstoffen wie Benzol.

Ministerin Eder hält das Messstellennetz im Land für ausreichend. Ein weiterer Ausbau sei nicht erforderlich und „brächte keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn“, so die grüne Fachfrau.

Nach Opfer-Enttarnung: Rücktrittsforderungen gegen Trierer Bischof Stephan Ackermann

Der Trierer Bischof Stephan Ackermann steht massiv in der Kritik. Und es gibt wegen seines Umgangs mit Missbrauchsoffern nicht zum ersten Mal Rücktrittsforderungen gegen den 59-Jährigen.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Nach der Namensnennung eines zuvor unter einem Pseudonym auftretenden Missbrauchsoffers hat die Opfervereinigung Missbit den Rücktritt des Trierer Bischof Stephan Ackermann gefordert. Ackermann habe der Betroffenen einen weiteren Schmerz zugefügt, in dem er die Frau ohne deren Willen der Öffentlichkeit ausgesetzt habe, sagte Missbit-Sprecherin Jutta Lehnert unserer Redaktion. Die Namens-

nennung durch den kirchlichen Missbrauchsbeauftragten sei „eine überlegte Retoure“ gewesen, nachdem in einer Diskussion mit rund 40 Mitarbeitenden des Bistums zuvor die Namen von schuldig gewordenen Priestern gefallen seien.

Das Bistum hat sich bislang nicht zu den Vorwürfen geäußert. Nach Informationen unserer Redaktion hat der Trierer Bischof inzwischen eine Unterlassungserklärung unterzeichnet. Wenn er den Klarnamen der Frau noch einmal nennt, muss

Ackermann eine Strafe zahlen.

Die als Karin Weißenfels bekanntgewordene Frau war einst von einem Pfarrer sexuell missbraucht und später zur Abtreibung gedrängt worden. Weißenfels gehorchte schließlich und leidet seit vielen Jahren an den Folgen. Dem Bistum und mehreren Bischöfen, darunter Stephan Ackermann und seinem Vorgänger Reinhard Kardinal Marx, wirft sie jahrelange Versäumnisse vor.

Der Anwalt der Frau sagt, Marx und Ackermann hätten im Fall

Weißenfels massiv gegen ihre Fürsorgepflicht verstoßen. Sie sollen die missbrauchte Mitarbeiterin wie eine Aussätzige behandelt haben. Ein Vorwurf, den das Bistum zurückweist.

Die Opferorganisation Missbit wirft Ackermann nach dem jüngsten Vorfall vor, die hierarchische Kirchenordnung schützen zu wollen und die Aufarbeitung ad absurdum zu führen. Der 59-Jährige habe „mal wieder gezeigt, dass er als Missbrauchsbeauftragter und als Bischof ungeeignet ist und schleunigst zurücktreten sollte“. Eine Forderung, die Missbit auch in der Vergangenheit bereits erhoben hatte.

Scharfe Kritik am Trierer Bischof wegen der Weißenfels-Äußerungen äußert auch die Grünen-Bundestagsabgeordnete Corinna Ruffer. Auf ihrer Facebookseite schreibt die Trierer Politikerin: „Wenn noch jemand einen Beweis dafür gebraucht hat, wie brutal die Kirche mit ihren Opfern umgeht, dann hat den der Trierer Bischof Ackermann, der auch Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz ist (!), geliefert.“

Die neue Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Kerstin Claus, sagte im Deutschlandfunk, es müsse sichergestellt werden, dass sensible Daten und Informationen ohne Freigabe von Betroffenen nicht weitergegeben würden. Durch einen solchen Verstoß werde die Integrität der betroffenen Person ein weiteres Mal schwer verletzt. Im Fall von Karin Weißenfels sei dies besonders gravierend, weil viele im Bistum Trier die Betroffene als Kollegin dadurch identifizieren könnten, so die neue Missbrauchsbeauftragte.

„Mallorca-Gate“: NRW-Ministerin tritt zurück

VON FRANK CHRISTIANSEN

DÜSSELDORF (dpa) Gut fünf Wochen vor der Landtagswahl am 15. Mai tritt Nordrhein-Westfalens Umweltministerin Ursula Heinen-Esser zurück. Das gab die CDU-Politikerin am Donnerstag in Düsseldorf bekannt. Sie habe am Nachmittag mit Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) gesprochen und ihm ihren Rücktritt angeboten. „Der Ministerpräsident hat den Rücktritt angenommen.“ Zuvor war Heinen-Esser wegen eines Mallorca-Aufenthalts während der Flutkatastrophe im Juli 2021 zunehmend unter Druck geraten.

Am Donnerstag wurde zudem bekannt, dass sich die 56-jährige Ministerin auf der Ferieninsel für ein Wochenende mit weiteren Regierungsmitgliedern getroffen hatte, um den Geburtstag ihres Mannes zu feiern.

Zu den Teilnehmern des „Abendessens“ am 23. Juli gehörten Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU), Europaminister Stephan Holthoff-Pförtner (CDU) und die damalige Staatssekretärin Serap Güler (CDU). Einen entsprechenden Bericht des „Kölner Stadt-Anzeigers“ hatte Heinen-Esser bestätigt. Noch am Donnerstagmittag hatte die Agrar- und Umweltministerin einen Rücktritt abgelehnt. Sie hatte das damit begründet, dass sie sich weiter um die „großen Themen“ der Bewältigung der Folgen der Flutkatastrophe und die Folgen des Ukraine-Kriegs für die Lebensmittelversorgung kümmern wolle. Heinen-Esser räumte erneut Fehler ein, wies den Vorwurf der Täuschung aber zurück.

Am frühen Abend dann sagte Heinen-Esser, sie habe sich die Reaktionen angesehen und festgestellt, dass sie ihr Handeln im vergangenen Sommer der Öffentlichkeit nicht habe vermitteln können. Es gebe

kein Verständnis für ihr damaliges Handeln. Sie wolle nun mit dem Rücktritt „Schaden von ihrer Familie und vom Amt“ abwenden.



Ursula Heinen-Esser (CDU). FOTO: DPA

Die gesammelte nordrhein-westfälische Opposition aus SPD, Grünen und AfD hatte die umgehende Entlassung Heinen-Essers gefordert. SPD-Oppositionsführer Thomas Kutschy sagte, während Zehntausende Betroffene des Hochwassers mit den Folgen der Flut gekämpft hätten, hätten es sich hochrangige Vertreter der NRW-Landesregierung auf Mallorca „gut gehen lassen“.

Die Umweltministerin stand bereits seit längerem in der Kritik, weil sie ihren Mallorca-Aufenthalt nach dem Hochwasser am 15. Juli zwar kurz unterbrochen, dann aber am 16. Juli fortgesetzt hatte. Dies hatte sie im Untersuchungsausschuss des Landtags damit begründet, sie habe ihre minderjährige Tochter und deren Freunde zurückholen müssen, die auf der Insel zurückgeblieben waren.

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) befand sich am Donnerstag als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz in der Hauptstadt, sprach mit seinen Länderkollegen und Kanzler Olaf Scholz (SPD) über ukrainische Kriegsflüchtlinge. Kurz nach Heinen-Essers Einladung zu ihrem Pressestatement folgte eine Mail von Wüst - der sich „aus aktuellem Anlass“ äußern wolle - nach Ende der Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch



Der Trierer Bischof Stephan Ackermann sieht sich mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Hinter ihm sein Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg.